

# Newsletter SVP International

Ausgabe Januar 2017

## **Editorial der Präsidentin**

---



Inge Schütz  
Präsidentin der SVP International

### **Eine unsägliche Geschichte!**

Am 9. Februar 2014 hat der Souverän bei einem klaren Ständemehr der SVP-Masseneinwanderungs-Initiative zugestimmt. Der Auftrag war klar: Inert drei Jahren sollte die Initiative umgesetzt und Kontingente beschlossen werden. Nichts ist geschehen, die Initiative wird nicht umgesetzt, die Verfassung missachtet, der Volkswille mit Füßen getreten und der Stimmbürger allmählich in die Stimmbstimmabstimmungen getrieben. Das Resultat: Die Einwanderung geht unkontrolliert weiter.

### **Wie viele hunderttausend illegale Einwanderer akzeptiert der Bundesrat?**

NR Andreas Glarner stellte im November 2016 in einem eingereichten Vorstoss u.a. die folgenden elementaren Fragen:

Wohin gehen die über 170'000 Flüchtlinge, welche im Jahr 2016 schon nur in Italien angekommen sind?

Tausenden von Menschen, auf der Suche nach einem besseren Leben, gelingt es über den Balkan oder Osteuropa illegal in den Schengenraum einzureisen. Das Abkommen der Türkei mit der EU steht auf wackligen Füßen - zehntausende von Migranten auf den Weg nach Europa werden durch die löcherigen Aussengrenzen der EU schlüpfen. Ein Ende dieser gigantischen Armutsmigration von Afrika und dem Nahen Osten nach Westeuropa ist nicht absehbar - mit drastischen Folgen für unter anderem unseren Sozialstaat und unsere Sicherheit.

Es ist offensichtlich, dass der Ansturm von Armutsfüchtlingen ohne Chancen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt noch über Jahre anhalten wird. Wo sieht der Bundesrat die Grenze dieser direkten Einwanderung in die Schweizer Fürsorge: Bei weiteren 100'000, bei 200'000 oder eher bei 500'000?

Ist der Bundesrat im Interesse der inneren Stabilität der Schweiz bereit, endlich die Grenze für illegale Einwanderer zu schliessen? Wie gedenkt er, dies technisch umzusetzen? Welche Mittel wird er dafür einsetzen? Wie sollen diese bereits heute ausser Kontrolle geratenen Kosten langfristig getragen werden?

Die heutige Einwanderung besteht nicht aus den gewünschten Fachkräften, welche die Schweizer Volkswirt-

schaft dringend braucht. Der Nettoeffekt für das BIP wird negativ sein. In der allgemeinen Berichterstattung wird wie in einem Mantra behauptet, dass die Schweiz gar keine andere Wahl gehabt habe, weil die EU bezüglich der Personenfreizügigkeit nicht verhandlungsbereit sei. Als gleichberechtigte Verhandlungspartner kann jeder Vertrag, vor allem wenn er unter falschen Voraussetzungen eingegangen worden ist oder unabsehbare Folgen eintreffen, neuverhandelt oder bei Uneinigkeit gekündigt werden. Dazu braucht es aber eine realistische und mutige Vorgehensweise der Schweiz und der Bundesrat muss die EU zu Verhandlungen zwingen!

Das bringt mich zum zweiten, im Dezember eingereichten Vorstoss von NR Adrian Amstutz an den Bundesrat:

1. Bei welcher Gelegenheit und an welchem Datum wurde der EU unmissverständlich dargelegt, dass die Schweiz ein von der EU unabhängiger Staat ist, welcher der EU weder auf direktem noch auf indirektem Weg beitreten will?
2. Bei welcher Gelegenheit und an welchem Datum wurde der EU mitgeteilt, dass die Schweiz nicht Mitglied des europäischen Binnenmarktes ist und auch nicht die Absicht hat, dies zu werden?
3. Bei welcher Gelegenheit und an welchem Datum wurde der EU mitgeteilt, dass die Schweiz keine Verträge abschliesst, welche ihre Souveränität generell rechtlich oder faktisch einschränken und dass sich die Schweiz nicht verpflichten wird, das zukünftige EU-Recht in heutigen oder in künftigen bilateralen Verträgen automatisch zu übernehmen und sich der EU- oder der EWR-Gerichtsbarkeit zu unterstellen?

Damit Sie als Auslandschweizer sich direkt über die eingereichten Vorstösse informieren können, finden Sie diese unter: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/>

Liebe SVP International Mitglieder, ich verstehe Ihre Empörung und Enttäuschung über die aktuelle Lage der schweizerischen Politik und Ihre Ohnmacht in Bezug auf das was nicht erreicht wurde. Schliessungen der Konsulate und Botschaften weltweit, das leidige Thema der Bankenproblematik für Auslandschweizer sowie mögliche negative Konsequenzen des internationalen automatischen Informationsaustausches AIA, usw. um nur einige Themen zu nennen.

**TROTZDEM UND GERADE DESWEGEN** engagieren Sie sich bitte mit uns, stimmen Sie ab und gewinnen Sie neue Mitglieder für die SVP. Nur die „Faust im Sack zu machen“ oder der Urne fern zu bleiben, ist keine Lösung und hilft nur den Verfassungsbrechern.

Zuletzt möchte ich noch Herrn NR Jürg Stahl zum höchsten Schweizer als Nationalratspräsident gratulieren. Der Nationalrat hat ihn zu Beginn der Wintersession mit einem Glanz Resultat mit 157 von 172 gültigen Stimmen gewählt.

Zum Jahresbeginn 2017 wünsche ich Ihnen privat und beruflich viel Glück, Erfolg und tolle Stunden im neuen Jahr.

Ein tolles Jahr wünscht Ihnen



**Inge Schütz**  
Präsidentin SVP International

## Referendum gegen das ruiniöse Energiegesetz

---

Warum das Referendum gegen das ruiniöse Energiegesetz?



Für Sicherheit, Arbeitsplätze und Wohlstand ist unser Land, sind wir alle auf eine kostengünstige, ausreichende und sichere Energieversorgung angewiesen. Das neue Energiegesetz zerstört unsere bewährte, heimische, bezahlbare und sichere Energieversorgung. Heute wird unsere Stromversorgung durch einen bewährten Strommix von Wasserkraft (56%) und Kernkraft (38%) sichergestellt. Das neue Energiegesetz will einen Ausstieg aus der Kernenergie und diese durch erneuerbare Energien ersetzen. Tatsache ist aber: Die erneuerbaren Energien sind auch in den nächsten Jahren nicht in der Lage, genügend sichere und bezahlbare Energie zu liefern, um die Kernenergie zu ersetzen.

Bleiben Sie auf dem Laufenden:

### Webseite

[www.energiegesetz-nein.ch](http://www.energiegesetz-nein.ch)

### Facebook

[Facebook.com/energiegesetznein](https://www.facebook.com/energiegesetznein)

## Nationalrat Roland Rino Büchel (SG) im Interview zu seinem Rücktritt aus dem ASO-Vorstand

---



**Roland Rino Büchel**  
SVP-Nationalrat,  
Vorstand SVP Int.  
Oberriet (SG)

**Benjamin Schmid:** Roland, Du trittst aus dem Vorstand der Auslandschweizerorganisation ASO aus.

**Roland Rino Büchel:** Nicht sofort, ich trete im nächsten Jahr nicht mehr zu den Wahlen an. Bis dahin bleibe ich im Vorstand und werde dort weiterhin mit ganzem Einsatz mitarbeiten.

**BS:** Trotzdem nehme ich an, dass es gute Gründe dafür gibt, dass Du nicht weitermachst?

**RB:** Dem ist so. Nach einer stiftungsrechtlichen Beschwerde von einem Mitglied des Auslandschweizerrates hat es mich „verjagt“. Leider haben zu viele Exponenten der Auslandschweizerorganisation die Tendenz, sich mehr mit sich selbst zu beschäftigen als sich für die Auslandschweizer einzusetzen.

**BS:** Worum ging es bei der Klage?

**RB:** Ein Schweizer, der in Berlin lebt, will, dass die Mitglieder des Auslandschweizerrates weiterhin nur aus den Schweizervereinen rekrutiert werden können. Er stemmt sich mit allen Mitteln gegen sinnvolle und notwendige Demokratisierungsschritte der ASO.

**BS:** Warum erachtest Du diese Reform als notwendig?

**RB:** Heute rekrutieren sich die Mitglieder des Rates nur aus zwei bis drei Prozent aller Auslandschweizer. Wenn ihr „Parlament“ künftig nicht breiter abgestützt wird, hat die Organisation früher oder später ein Legitimationsproblem.

**BS:** Glaubst Du, dass die SVP weiterhin im Führungsgremium der ASO vertreten sein soll?

**RB:** Ja. Auch die drei anderen Bundesratsparteien, also die FDP, die SP und die CVP sind mit aktiven oder ehemaligen Parlamentariern im neunköpfigen Vorstand der ASO. Ich bin überzeugt, dass wir bei der SVP geeignete und motivierte Personen für diese Aufgabe haben.

**BS:** Du hast Dich im Rat und im Parlament stark für die Auslandschweizer eingesetzt.

**RB:** Ich habe selbst in verschiedenen Ländern gelebt und gearbeitet. Die rund 760'000 im Ausland lebenden Schweizer liegen mir am Herzen. Obwohl ich für die Wahlen in den Vorstand nicht mehr antrete, stelle ich mich der Wiederwahl für den 140-köpfigen Auslandschweizererrat. Aus den Reihen der SVP International sind wir dort im Moment zu viert. Unsere Vertretung sollte stärker werden.

**BS:** Welche Parteien zeigen den grössten Einsatz für die Auslandschweizer?

**RB:** Die SVP ist am besten organisiert. Auch die SP hat eine starke internationale Sektion. In der Auslandschweizerorganisation ist die FDP traditionell die einflussreichste Partei.

**BS:** Wie sieht es bei den kleineren Parteien aus?

**RB:** Bei der CVP ist der „Vater“ des Auslandschweizergesetzes, der Tessiner Ständerat Filippo Lombardi, sehr aktiv. Sonst ist von jener Partei wenig zu hören und zu spüren. Die anderen Parteien buhlen jeweils vor den Wahlen um die Stimmen der Schweizer im Ausland. Sonst läuft dort aber kaum etwas.

**BS:** Du bist auch Präsident der Ausenpolitischen Kommission des Nationalrats. Hast Du dort Einfluss, um die Begehren der Auslandschweizer zu unterstützen?

**RB:** Ja. Die APK ist für die Anliegen der Auslandschweizer die wichtigste parlamentarische Kommission.

**BS:** Lieber Roland, an dieser Stelle nochmals vielen Dank für das Interview und Deinen unermüdlichen Einsatz für die Auslandschweizer.

*NR Roland Rino Büchel im Interview mit Benjamin Schmid.*

## **Schweizer Banken kündigen Bankkonten von Auslandschweizern**

---



**Viktor Nell**  
Präsident der  
SVP-Spanien,  
Vorstand SVP Int.,  
Spanien

762'000 – und damit fast jeder zehnte Schweizer – lebt mittlerweile im Exil. Deshalb bemühen sich viele Parteien verstärkt, dieses Potenzial als begehrte Wähler zu nutzen. Auch Bundesbern ist sehr bemüht die Auslandschweizer an ihre patriotische Verbundenheit zu erinnern, so getan von Bundesrat Burkhalter am Auslandschweizer Kongress (ASO) im August 2016 auf dem Bundesplatz: „Die Schweiz braucht die Auslandschweizer und wir zählen auf euch!“ Geht es jedoch um notwendige Hilfeleistung (z.B. Bankenrauswurf) ist Bern weit, sehr weit entfernt!

### **Globaler Standard**

Die mächtige OECD, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, nimmt weltweit massiven Einfluss auf den Automatischen Informationsaustausch (AIA) bei Bankkontodaten.

Am 21. Juli 2014 hat die OECD das Gesamtpaket zum neuen globalen Standard für den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen veröffentlicht. Die Schweiz begrüsst den neuen internationalen Standard,

an dem sie (vertreten durch BRin Eveline Widmer-Schlumpf) selber aktiv mitgewirkt hat. Im Weiteren hat der Bundesrat in einem Schreiben des Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) an das Global Forum für Transparenz dem Informationsaustausch in Steuersachen zugestimmt.

### **An Gesetze ihres Wohnlandes halten**

Weil die Einkommensdeklaration durch dieses Abkommen ohnehin gewährleistet wird, haben die Finanzinstitute, gemäss FATCA-Abkommen (Foreign Financial Institute, FFI) keinen Grund mehr Auslandschweizern die Eröffnung oder Beibehaltung von Bankkonten zu verweigern! Die im Ausland lebenden Schweizer müssen sich an die Gesetze ihres Wohnlandes halten, also auch an die Steuergesetze. Viele unter ihnen sind darauf angewiesen ein Konto in der Schweiz zu besitzen, etwa weil sie eine geerbte Liegenschaft besitzen, die sie in Familienbesitz behalten möchten, auf der noch eine Hypothek lastet, weil sie in der Schweiz eine Rente erhalten oder die Krankenkassenprämien zu bedienen haben.

### **Knallharte Konsequenz**

Als Beispiel sei auf die fatale Situation etlicher Mitglieder und Sympathisanten der SVP Landes-Sektion Spanien hinzuweisen. Mehrere Angehörige dieser schweizerisch-bürgerlichen Gruppierung haben die Kündigung ihrer CH-Bank auf den 30. September bzw. auf Ende 2016 erhalten, mit der knallharten Konsequenz: Auflösung von Kontoführung, Zahlungsverkehr und sogar Hypotheken mit Objektdomizil Schweiz!

### **Dilemma**

Wer in dieser Zwangslage keine Bank ausfindig machen kann, die bereit ist die Hypothek abzulösen, sieht sich gezwungen die Immobilie zu verkaufen – nicht selten zu schlechten Bedingungen. Bestimmte Banken bieten zwar Auslandschweizern unter Um-

ständen weiterhin Bankdienstleistungen an, jedoch zu überrissenen Gebühren, welche bis zu 1'200 CHF pro Jahr betragen können oder aber unter der Bedingung eines Mindestanlagevermögens von 100'000 bis 250'000 Schweizer Franken!

Sind alle Exilschweizer wohlhabende Auswanderer?

### **Recht auf ein Bankkonto**

Für Auslandschweizer ist es immer schwieriger und teurer geworden, ein Konto bei einer Schweizer Bank zu führen. Einige Institute haben das Geschäft mit Kunden, die einen ausländischen Wohnsitz haben, gar vollständig aufgegeben. Die PostFinance, eine Tochtergesellschaft der Schweizerischen Post - die ihrerseits zu hundert Prozent im Besitze des Bundes ist - hat Kreditkarten von im Ausland lebenden Schweizer Kunden kurzerhand gekündigt. Viele Schweizer Bürger sind von dieser Entscheidung direkt betroffen, obwohl sie sich nichts zuschulden haben kommen lassen und immer ihren steuerlichen Verpflichtungen nachgekommen sind, werden sie nun zur Schliessung ihrer Bankkonten gedrängt. Meiner Meinung nach, sollte jedem Schweizer Bürger das Recht auf ein Bankkonto bei einer Schweizer Bank zustehen. Überdies erscheint es alles andere als logisch, dass Schweizer Bankinstitute ausländische Kunden jederzeit akzeptieren, während dieselben Banken in der Schweiz die Auslandschweizer als Risiko-Kunden abstempeln und ablehnen!

### **Abstruse Begründungen**

Von den schweizerischen Geldinstituten bekommt man nur nebulöse Begründungen: „Von aufwendiger Dokumentation“ ist bei der Berner Kantonalbank die Rede, von „höherem Aufwand und beachtlichen operationellen Risiken“ bei der Raiffeisen, der UBS und der CS, vom „[...] sich laufend verändernden regulatorischen Umfeld“ bei der Zürcher Kantonalbank und „einem enormer Überwachungs-



aufwand“ bei der Luzerner- und der Aargauer Kantonalbank. Unter Auslandschweizern sorgt dieser Umstand für grossen Unmut. Es kann doch nicht sein, dass domizilierte Exilschweizer aufgrund ihres Wohnsitzes im Ausland, unbesehen der realen Umstände, zu Risikokunden und damit als potentielle Kriminelle (Steuerhinterzieher) abgestempelt werden!

### **Skandalös**

Ausgerechnet die USA, die in den letzten Jahren im Zuge von Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung Milliarden von Schweizer Banken erpresst hat, ratifiziert das FATCA-Abkommen und den Automatischen Informationsaustausch (AIA) nicht. Das heuchlerische Verhalten der US-Steuerbehörde IRS zeigt sich deutlicher denn je, da die USA weltweit auf Transparenz und die Herausgabe von Konto Daten pochen, währendem sie selbst sich beharrlich weigern überhaupt irgendwelche Daten preiszugeben.

## **News aus dem Auslandschweizerrat (ASR) und dem Vorstand**

---



**John McGough**  
Mitglied ASR,  
Vorstand SVP Int.,  
Ungarn

Der Auslandschweizerrat verabschiedete im August 2016 eine Resolution, welche durch John McGough initiiert wurde. Diese Resolution hat zum Ziel eine ungerechtfertigte Diskriminierung von Auslandsschweizern und Auslandsschweizerinnen durch die PostFinance AG zu beseitigen und wurde im ASR mit grosser Mehrheit angenommen.

*Auszug aus der Medienmitteilung des Auslandschweizerrates zur Resolution « Schweizer Bürger zweiter Klasse »:*

Der Auslandschweizerrat ist entrüstet und tief besorgt über das Geschäftsgebaren der PostFinance AG. Die PostFinance, eine Tochtergesellschaft der Schweizerischen Post, die ihrerseits zu hundert Prozent im Besitze des Bundes ist, hat Kreditkarten für Kunden mit Wohnsitz im Ausland kurzerhand gekündigt. Betroffen von dieser Änderung sind insbesondere auch die Auslandschweizer, die mit diesem Schritt der PostFinance zu Schweizer Bürgern zweiter Klasse geworden sind.

Der Auslandschweizerrat ruft den Bundesrat, insbesondere die zuständige Bundesrätin, Doris Leuthard, deshalb dazu auf, bei der PostFinance zu intervenieren und diesen willkürlich anmutenden Schritt umgehend zu korrigieren. Sollten in diesem Zusammenhang Rechtsunsicherheiten für die PostFinance bestehen, müssen diese zwingend ausgeräumt werden, wozu der Auslandschweizerrat neben dem Bundesrat auch das Parlament aufruft. Es geht nicht an, dass sämtliche Auslandschweizer allein aufgrund ihres Wohnsitzes im Ausland unbesehen der realen Umstände zu Risikokunden und damit zu potentiell Kriminellen gestempelt werden. Der Auslandschweizerrat ruft die zuständigen politischen Behörden mit Nachdruck zum Handeln in dieser Sache auf.

Zusätzlich zur Resolution, wurde die Problematik in den letzten Vorstandssitzungen wiederholt thematisiert. Unter Anderem ist es auch für die Landesektion Spanien ein überaus wichtiges Anliegen für diese Problematik endlich eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Der Vorstand der SVP International wird sich weiterhin im Rahmen seiner Möglichkeiten einsetzen um zu einer allgemeinverträglichen Lösung zu kommen. Auch die involvierten Parlamentarier der SVP Schweiz, die zugleich dem Vorstand der SVP International angehören, bekräftigten wiederholt sich auch im

Parlament weiterhin für die Anliegen der Auslandschweizer einzusetzen.

## **Auslandschweizer im Abseits**

---

*Auszug aus der Basler Zeitung vom 6. Dezember 2016:*

### **Bundesrat sieht keinen Handlungsbedarf bei der PostFinance**

Im Herbst 2015 hatte die PostFinance die Kreditkarten für Schweizer mit Sitz im Ausland kurzerhand abgeschafft. Doch: Nachdem die PostFinance per Ende Oktober des letzten Jahres sämtliche Kreditkartenkonti für Kunden mit Wohnsitz im Ausland aufgehoben hatte, regte sich in der Auslandschweizerorganisation heftiger Widerstand. Zuletzt hatte der Auslandschweizererrat deutlich eine Resolution angenommen, die Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) dazu auffordert, in ihrer Eigenschaft als Postministerin zugunsten der Auslandschweizer zu intervenieren. Auslandschweizer würden zu Bürgern zweiter Klasse abgewertet. Sie stünden als potenziell kriminelle da. Gestern [5.12.16] nun kassierten die Auslandschweizer eine kühle Absage aus dem Bundesrat. Er sehe in dieser Sache keinen weiteren Handlungsbedarf. Bei den Kreditkarten gebe es für Kunden mit Wohnsitz im Ausland aus regulatorischen Gründen Einschränkungen. Dies antwortete Leuthard auf eine Anfrage des Nidwaldner SVP-Nationalrats Peter Keller in der Fragestunde des Nationalrats. Schlimmer noch: Die aktuelle Regelung soll in den «strategischen Zielen der Post für die Jahre 2017–2020» festgehalten werden, sagte Leuthard.

*B. Gafner*

## **Dringender Aufruf an alle Auslandsschweizer**

---

Die direkte Demokratie der Schweiz ist in Gefahr!

Demokratische Volksentscheide werden von der Class Politique gezielt sabotiert und bewusst nicht mehr umgesetzt. Aktuelles Beispiel ist die präsentierte Nulllösung des Parlamentes betreffend Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

Wir empfehlen Ihnen auch unter den folgenden Links weitere Informationen einzuholen:

- [www.teleblocher.ch](http://www.teleblocher.ch)

Sämtliche Videos können Sie auch themenbezogen im Archiv nachsehen:

- [www.teleblocher.ch/archiv](http://www.teleblocher.ch/archiv)

Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt und gegen eine Anbindung an die EU:

- <http://www.eu-no.ch/>

Weitere und stets aktuelle Informationen finden Sie natürlich auch auf [www.svp.ch/](http://www.svp.ch/).

## **Parolen der SVP International**

---

### **Parole der SVP International für die eidgenössische Volksabstimmung vom 12. Februar 2017:**

- Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration: **NEIN**
- Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF): **JA**

- Bundesgesetz über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III): **JA**

## **Termine 2017:**

---

Die **Delegiertenversammlungen** der SVP Schweiz 2017 findet statt am:

**Samstag, 25. März 2017**

**Samstag, 24. Juni 2017**

**Samstag, 26. August 2017**

**Samstag, 28. Oktober 2017**

Als Mitglied der SVP International sind Sie an Delegiertenversammlungen immer herzlich eingeladen, als Gast oder bei freien Delegiertenkarten auch als Delegierter an einer DV teilzunehmen.

**Melden Sie sich bei [info@svp-international.ch](mailto:info@svp-international.ch), wenn Sie an einer DV teilnehmen möchten.**

**Auslandschweizer-Kongress  
2017:  
18. – 20. August in Basel.**

**Generalversammlung SVP International  
Freitag, 18. August 2017, nachmittags/abends in Basel.**